

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuenbürg.

Nr. 259

Donnerstag den 5. November 1931

89. Jahrgang

Der deutsch-französische Gegensatz

Berlin, 4. Nov. Die Reichsregierung hat jetzt den Bericht des deutschen Botschafters in Paris über seine Unterredung mit Kaval, Briand und dem Finanzminister Blandin in Händen. Was in Berlin über diese Besprechungen bisher bekannt geworden ist, stammt aus den französischen Blättern. Darnach hätte sich nimmere der vor allem taktische Gegensatz der deutschen und der französischen Auffassungen klar herauskristallisiert. Er läßt sich wohl am kürzesten auf die Formel bringen, daß Vaval zunächst die reparationspolitische Seite behandelt werden will, damit der Youngplan mit dem Ablauf des Jahres wieder in Funktion tritt. Dabei sind die Franzosen offenbar durchaus bereit, zumindestens vorübergehend einige Nachlässe zu gewähren. Sie scheinen sich auch in der technischen Entwicklung einer solchen Regelung gewissen deutschen Wünschen anpassen zu wollen, z. B. in der Einberufung einer Reparationskonferenz. Aber das wesentliche ist doch, daß sie den Youngplan wieder in Gang bringen wollen, der seine Unmöglichkeit nicht nur nach unsrem, sondern nach dem Urteil der besten Sachverständigen der ganzen Welt erwiesen hat.

Der deutsche Standpunkt geht nun von der klaren Erkenntnis aus, daß sich prinzipiell auch der französische Finanzminister in der gefragten Unterhaltung nicht verschließen konnte, daß die langfristige Verschuldung Deutschlands eine Situation geschaffen hat, die zunächst eine Vereinigung verlangt, ehe man die Möglichkeit der Reparationszahlungen überhaupt übersehen kann. Das heißt also, daß die Reichsregierung zunächst die privaten Schulden konsolidieren will, damit sie an das große Reparationsproblem von einer gefestigten Basis aus herangehen kann. Das widerspricht dem, was die französische Regierung will. Sie nimmt für die Reparationen die unbedingte Priorität in Anspruch.

Daß dieser Gegensatz nun scharf herausgearbeitet ist, scheint im Augenblick das einzige Ergebnis der gefragten Pariser Unterredung zu sein. Die Reichsregierung wird nun zu dieser Situation Stellung nehmen müssen. Das ist die Aufgabe der Kabinettsberatungen, die heute vormittag begonnen haben.

Das Kabinett vor schwierigen Entscheidungen

Berlin, 4. Nov. Seit 11 Uhr vormittags tagt in der Reichstanzlei ein Ministerrat, der unter Vorsitz von Reichsfinanzpräsidenten und dem leitenden Beamten aller maßgebenden Ministerien die nächsten deutschen Schritte zur Revision der Reparations- und Privatbankverbindungen festlegen soll. Grundlage der Beratungen ist der heute nacht eingelegte Bericht des deutschen Botschafters v. Hösch, aus dem sich klar der Gegensatz ergibt, der zwischen der deutschen und der französischen Auffassung besteht. Während Deutschland zur Erhaltung seiner Kreditfähigkeit vor allem Wert darauf legt, daß die Auslandsschulden der deutschen Privatwirtschaft wenigstens verzinst werden können, will Frankreich die politischen Schulden ein Vorrecht geben. Dieser Gegensatz ertönt sich daraus, daß Frankreich an den Auslandsschulden der deutschen Privatwirtschaft nur mit 6 Prozent, an den Reparationen aber mit 52 Prozent beteiligt ist. Frankreich will deshalb zur Klärung der künftigen deutschen Zahlungen den

Mechanismus der Reparationsverträge in Gang setzen, das heißt seinen beratenden Sonderausschuß der „internationalen Zahlungsbank“ einberufen, dessen Aufgabe es nach dem Youngplan sein sollte, die Zahlungsmethode neu zu regeln, wenn Deutschlands Zahlungsfähigkeit bedroht wäre.

Nach deutscher Auffassung handelt es sich aber heute gar nicht mehr um die Zahlungsmethode, sondern um die Zahlungsfähigkeit selbst. Die Aufgabe der nächsten diplomatischen Schritte Deutschlands wird es deshalb sein, zu klären, ob Frankreich damit einverstanden ist, daß der Sonderausschuß der Zahlungsbank nicht nur die Frage der deutschen Reparationsverpflichtungen prüft, sondern die allgemeine Zahlungsfähigkeit Deutschlands, für die die Belastung mit 1 1/2 Milliarden Mark Zinsen für private Auslandsschulden ebenfalls eine ausschlaggebende Rolle spielt. Deutschland hält an dem Grundsatz fest, es könne Auslandsschulden nur in dem Umfang erfüllen, wie es selbst aus seiner Ausfuhr Deviseneingänge zu verzinsen hat. Diese Deviseneingänge sind jetzt durch die Zinszahlungen für private Schulden voll in Anspruch genommen. Wenn Frankreich also auf dem Vorrang der Reparationszahlungen vor den Privatschulden besteht, muß es sich darüber klar sein, daß die sich daraus ergebende Einschränkung der deutschen Zinszahlungen für die privaten Schulden eine Vernichtung der deutschen Kreditfähigkeit herbeiführen muß. Es handelt sich also wieder um die goldenen Eier der Henne, die Frankreich nicht töten sollte.

Man nimmt hier an, daß die diplomatische Fühlungnahme, gleichviel ob auf dem Wege über den beratenden Sonderausschuß oder nicht, doch spätestens Anfang nächsten Jahres zu einer großen Reparationskonferenz führen wird. Allerdings glaubt man, daß die baldige Wiedereröffnung Amerikas in diese diplomatischen Verhandlungen erforderlich sein wird, da Amerika und England im Gegensatz zu Frankreich an der privaten Verschuldung Deutschlands sehr stark interessiert sind.

Neue Instruktionen für Hösch

Berlin, 4. Nov. Nach dem heutigen Ministerrat über die Reparationsfrage wird es erforderlich sein, eine Reihe diplomatischer Maßnahmen vorzunehmen, ehe weitere Schritte unternommen werden. Der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hösch, dürfte auf Grund der Ministerberatungen neue Instruktionen für seine weiteren Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten erhalten haben. Es handelt sich vor allem darum festzustellen, welchen Auftrag der im Youngplan vorgesehene beratende Sonderausschuß erhalten soll und ob man sich über die Formulierung dieses Auftrages zwischen Deutschland und Frankreich einigen kann. Bei wirtschaftlich zweckmäßiger Behandlung der Reparationsfrage müßte dieser Auftrag dahin gehen, das Gesamtproblem der deutschen Zahlungsfähigkeit sowohl für Reparationen wie für Privatschulden zu untersuchen. Dabei würde dann von entscheidender Bedeutung sein, ob aus diesen Beratungen nun eine endgültige Regelung der ganzen Frage oder wieder nur ein Provisorium mit allen seinen demurrierenden Wirkungen auf die Weltwirtschaft erzielt werden soll.

Kommt ein Zahlungsausschuß für die fälligen Aufwertungshypotheken?

Es wird mit Erleichterungen für die Schuldner gerechnet

Am 31. Dezember wird zum ersten Male die Rückzahlung der Aufwertungshypotheken fällig, die von den Hypothekengläubigern in den ersten Januar Tagen dieses Jahres gefällig worden sind. Mit der bisher bestehenden Verpflichtung zur Rückzahlung ist ein sehr großer Teil der Schuldner in eine äußerst schwierige Lage geraten, und es droht die Gefahr, daß so mancher Angehörige des Mittelstandes in der Zwangsversteigerung seinen letzten Besitz verliert. Es ist den Schuldnern allerdings möglich gewesen, drei Monate nach der Kündigung der Aufwertungshypotheken einen Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist bei der Aufwertungsstelle des zuständigen Amtsgerichts zu stellen. Von dieser Möglichkeit ist auch in vielen Fällen Gebrauch gemacht worden. In anderen Fällen ist es zu einem Vergleich zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger gekommen, in dem sich der Schuldner etwa verpflichtet, einen Teil der Aufwertungshypotheken zurückzahlen. In vielen anderen Fällen ist aber der Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist überhaupt nicht gestellt worden, und zwar nicht etwa aus Sorglosigkeit des betr. Schuldners, sondern einfach deshalb nicht, weil den betreffenden Schuldner von Kreditinstituten bestimmte Zusicherungen für die Geldbeschaffung zum 31. Dezember gemacht worden sind. Die Ereignisse des Sommers und die außerordentliche Verflechtung auf dem Hypothekenmarkt haben indessen dazu geführt, daß so manches Kreditinstitut u. a. auch so manche Sparkasse, die dem Hypothekenschuldner zugegebene Zusicherung der Geldbeschaffung zurückgezogen hat.

Dadurch wird es zahlreichen Schuldner einfach unmöglich, rechtzeitig zum 31. Dezember das für die fälligen Aufwertungshypotheken erforderliche Geld zu beschaffen. Seit Monaten wird deshalb von den Grundbesitzer-Organisationen in zahlreichen Verhandlungen mit den Regierungsstellen des Landes und des Reichs eine Zahlungsfrist angefordert. Ende Oktober haben erneut Verhandlungen im Reichsjustizministerium über diese Frage stattgefunden. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Man darf aber damit rechnen, daß die Ablösung der am 31. Dezember fällig gewordenen Aufwertungshypotheken durch Verhandlung der Reichsregierung in irgend einer Form hinausgeschoben wird.

Das Reichsjustizministerium wird voraussichtlich den Hypothekenschuldnern, die bisher einen Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nicht gestellt haben, erneut die Möglichkeit zur Einreichung eines solchen Antrages geben. Außerdem ist wohl zu erwarten, daß auch den Schuldnern, die einen Vergleich mit den Hypothekengläubigern abgeschlossen haben, der Weg geebnet wird, erneut die Aufwertungsstelle anzurufen. Diese Ausichten betreffen vorläufig allerdings nur für Aufwertungshypotheken. Ob auch für die in den Jahren 1926 bis 1928 aufgenommenen und inzwischen gefälligten Geldmarkthypotheken ein Zahlungsausschuß gewährt wird, ist vorläufig noch recht fraglich. Man wird aber wünschen dürfen, daß es in allen diesen Fragen möglichst schnell zu einer Regelung kommt, die bei aller gebührenden Rücksicht auf die oft ebenfalls recht bedrängte Lage der Hypothekengläubiger es doch vermeidet, den Schuldner in ein unversichertes Unglück zu stoßen.

Eine Erklärung des Zentrumsführers im preuß. Landtag gegen das Zusammengehen mit Hitler

Berlin, 4. Nov. Der Führer des preussischen Zentrums, Landtagsabgeordneter Dr. Schreier im „Vredienst der Zentrumspartei“ im Hinblick auf die Diskussion über eine Synthese Brüning-Dillier:

Der tiefere Sinn unserer innenpolitischen Linie ist ebenso klar wie einfach. Wir können kein politisches Extrem folgen, weder rechts noch links. Die Versärgung der politischen Macht durch eines der politischen Extreme würde unmittelbar den wütenden Kampf zwischen rechts und links bedeuten. Ausgetragen aber würde diese Selbstzerflechtung auf dem Rücken der zwischen diesen Extremen lebenden Mittelschichten von Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Beamtentum. So etwas hätte Deutschland nicht mehr aus. Deshalb kann das an sich schon widersprüchsvolle Konglomerat, das heute im Nationalsozialismus zusammengeballt ist, für das Zentrum als Koalitionspartner nicht in Frage kommen.

Siedlungsmöglichkeiten in Oesterreich

Ueber dieses Thema hielt dieser Tage Herr Dr. Frede v. Bohensche im Rahmen der aktuellen Frage bäuerlicher Siedlung einen Vortrag über den Mündner Kundfunksender. Der Vortragende schilderte ausführlich die für den Landwirt wichtigen Erwerbs-, Bewirtschaftungs- und Abgabeverhältnisse sowie Land und Ball in den österreichischen Bundesländern Steiermark, Kärnten und Burgenland. Sein besonderer Hinweis galt der Tatsache, daß es den zur Auswanderung gezwungenen deutschen Landwirten immer noch zu wenig bekannt ist, um wieviel vorteilhafter sie sich dort ansässig machen würden statt nach überfälligen Ländern auszuwandern. Bedauerlich ist es, daß nicht genügend auf diese Siedlungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht wird. Es ist daher begründbar, daß in Münden ein gemeinnütziger Verein — die Deutsch-österreichische Siedlungsgesellschaft — den Interessenten beisteht. Es wäre zu wünschen, wenn alle zuständigen Stellen dieser vaterländischen Tätigkeit wirksame Beihilfe zuteil werden ließen.

vor dem Zusammenbruch, werden von allen beteiligten Stellen strotz demontiert. Darüber hinaus wird eine grundsätzliche Klärung der finanziellen Verhältnisse zugefagt.

Bei diesen Angriffen dürfte es sich jedoch weniger um die finanzielle Struktur des Stahlvereins handeln, als um die Person des Eisengroßhändlers und Großaktionärs Otto Wolff. Otto Wolff ist als hervorragendes Mitglied des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung in letzter Zeit politisch hervorgetreten.

Daß bei dem größten westdeutschen Stahlwerk, den Vereinigten Stahlwerken, mit seinem Aktienkapital von 800 Millionen RM. und einer Obligationsschuld von 500 Mill. RM. bei einer nur noch etwa 40prozentigen Ausnutzung der Betriebsanlagen das Kapital zur Unrentabilität verurteilt ist und schließlich mancher Kreditation erforderlich sein wird, unterliegt allerdings keinem Zweifel.

Die schon bei der Gründung vorhandene Überkapitalisierung verlangt nach einer durchgreifenden Reorganisation, die durch die jetzt herrschende Krise erzwungen werden dürfte. Die Tatsache, daß die Aktien der Vereinigten Stahlwerke heute nur noch mit einem Sechstel ihres Nominalwertes bewertet werden, zeigt überdies, daß die unvermeidliche Kapitalrestruktur fast nur noch eine buchmäßige Anpassung an die bereits effektive Entwertung ist. Der heutige Kurs gibt nur noch eine Bewertung des 80 Millionen RM. betragenden Kapitals mit etwa 120 Millionen und bedeutet gegenüber dem Höchststand einen Verlust an gesamten Börsenwert von rund 1200 Millionen Reichsmark.

Lloyd George legt die Führung der liberalen Unterhausfraktion nieder

London, 4. Nov. Lloyd George erklärte in einem Schreiben an Sir Herbert Samuel, daß er von dem Vorsitz der Unterhausfraktion der Liberalen Partei zurücktrete. Er sei, sagt er weiter, mit dem katastrophalen Kurs, in den die Partei in der letzten Zeit geführt worden sei, in keiner Weise einverstanden gewesen.

Die Versorgung mit Brotgetreide und Futtermitteln

Berlin, 3. Nov. In einem Teil der Presse werden teilweise in sensationeller Aufmachung über die Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide und Futtermitteln Angaben gemacht, die den Eindruck entstehen lassen, daß insbesondere die Versorgung mit Brotgetreide nicht gesichert sei. Von dem Reichsernährungsministerium wird darauf hingewiesen, daß die Versorgung Deutschlands mit Roggen aus eigenen Beständen ausreichend gesichert ist, sobald keinerlei Zufuhrbedarf an ausländischem Roggen vorliegt. Bei der Weizenversorgung differieren die in der Presse gemachten Angaben mit den Schätzungen des Reichsernährungsministeriums über die Höhe des Zufuhrbedarfes lediglich um 50 000 Tonnen. Die Differenz läßt sich dadurch erklären, daß es sich bei den Schätzungen nur um Voranschläge handelt, da der zukünftige Verbrauch nicht bis in die Einzelheiten zu übersehen ist. Von dem deutschen Zufuhrbedarf von insgesamt 500 000 Tonnen sind bereits 200 000 Tonnen durch die Einfuhr aus Amerika gedeckt. Die restlichen 300 000 Tonnen werden jederzeit auf dem Weltmarkt aufgenommen werden können. Hinsichtlich der Futtermittelversorgung treffen die in der Presse gemachten Schätzungen, die von einer Einfuhrmenge von 3 Millionen Tonnen sprechen, nicht zu. Die notwendige Einfuhr an Futtermitteln beträgt lediglich eine Million Tonnen.

Gerüchte um den Stahlstreik

Berlin, 3. Nov. In der kommunistischen Presse sind seit einigen Tagen sensationelle Meldungen über angeblich unmittelbar bevorstehende Finanzskandale in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie erschienen, die sich besonders mit dem größten westdeutschen Stahlwerk, den Vereinigten Stahlwerken und den Großaktionären Friedrich Hilt und Otto Wolff betreffen. Diese Behauptungen, der Stahlverein habe

Dreifache „Statistik“

Bekanntlich will es mit der Kreisentwicklung des ostelbischen Braunkohlensubstrates, das von Herrn Ignaz Betschel kontrolliert wird, gar nicht klappen. Das ostelbische Braunkohlensubstrat hat nun um seine Notlage trotz der hohen Gewinne Betschels begreiflicher zu machen, Statistiken aufgestellt. In diesen bemerkt das „N. Journ.“ u. a.:

„Wie es nämlich Kaufleute gibt, die eine doppelte Buchführung haben, eine für sich selbst und eine für die Steuer, so stellt das ostelbische Braunkohlensubstrat gleich drei Statistiken auf: eine für sich selbst bzw. Herrn Ignaz Betschel, eine für die Direktoren und eine für Herrn Kralik (Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, D. Med.) Beglaubt wird natürlich nur der Statistik, die den Organen der Kohlenwirtschaft vorgelegt wird.“

Polnische Abwehrpropaganda

Warschau, 1. Nov. Die polnische Protestbewegung gegen das Schicksal der in Europa neu entflammten Debatte über die Korridorfrage nimmt jetzt einheitlicheren Charakter an. Die Oppositionen werden aufeinander von den maßgebenden Stellen nunmehr zu sog. „spontanen Kundgebungen des polnischen Volkswillens“ organisiert. So fanden in Odi-

gen, Bromberg und Dirschau Kundgebungen statt, die gleichsam die Protesterklärungen gegen Senator Borah und die Möglichkeit einer Korridorrevision veröffentlichen.

Sämtliche Erklärungen fordern eine Untersuchung des angeblich so traurigen Schicksals der polnischen Minderheiten in Deutschland durch Borah und betonen, daß Polen eigentlich noch viel zu kleine Teile Deutschlands annerknet habe; also das alte polnische Sturmbild auf Weiz und Ostpreußen im Augenblick der Gefahr für den Korridor. Ferner wird natürlich in verschiedenen Variationen der Grundgedanke von der Verteidigung des polnischen Zugangs zum Meer mit dem letzten Blutstropfen betont.

Wenn man auch heute offensichtlich unter dem Druck von oben demüht ist, die anfangs sehr ziellosen Anschläge gegen Amerika abzuwehren, so versucht man jetzt den polnischen Nationalhelden Wilson gegen Borah auszuspielen.

Ungeordnetlich beunruhigt hat hier die Anfrage der „Königsberger Allgem. Ztg.“ bei Mussolini. Wenn man auch bisher schon überzeugt war, daß die italienische Haltung in der Frage der Unantastbarkeit der polnischen Grenze nicht gerade zuverlässig war, so befürchtet man jetzt einen unbedingten Bruch der offiziell sehr günstigen italienisch-polnischen Beziehungen durch die Möglichkeit einer präzisen italienischen Stellungnahme in der Korridorfrage.

Gegendenhschrift württ. Oberamtsstädte

Zum Gutachten des Reichsparlamentarischen Ausschusses

Stuttgart, 1. Nov. Mehr als 30 württembergische Oberamtsstädte, deren Bezirke nach dem Gutachten des Reichsparlamentarischen Ausschusses Dr. Saemisch aufgehoben werden sollen, haben sich zu einer Abwehraktion zusammengeschlossen und eine in der Form von kritischen Betrachtungen gehaltene Gegendenhschrift zum Gutachten des Reichsparlamentarischen Ausschusses über die Landesverwaltung Württemberg und zur Frage der württembergischen Staatsvereinfachung herausgegeben und der württembergischen Regierung und dem Landtag übermittleit. Die Gegendenhschrift, die 23 Seiten umfaßt, hat Ratsherr Knapp von Spaichingen zum Verfasser und ist jetzt im Verlag des „Deutscher Boten“ in Spaichingen im Druck erschienen. Ratsherr Knapp von Spaichingen wird den in der Gegendenhschrift niedergelegten Gedanken dem württ. Sparauschuß unter dem Vorbehalt von Staatsrat Degenmaier noch persönlich erläutern.

Die Gegendenhschrift anerkennt zunächst rückhaltlos den Wert des Spargutachtens von Dr. Saemisch. Wenn das Gutachten des Reichsparlamentarischen Ausschusses aber trotz seiner vorzüglichen Laute und Richtung zeigenden Merkmale auf so gewaltigen Widerstand gestoßen ist, so ist der Grund darin zu suchen, so heißt es in der Gegendenhschrift, daß auch Saemisch glaubt, eine Vereinfachung und Vereinhaltung der Verwaltung mit durch einfache Behördenzusammenlegung zu finden, daß er namentlich die Vereinfachung des Unterbaues der Innenverwaltung, also der Bezirksverwaltung von Württemberg, durch die Verringerung der Zahl der Oberämter von 61 auf 23 als ein Zentralproblem der inneren Verwaltungsorganisation bezeichnet.

Dieser Neugliederungsplan, der selbst der in dieser Hinsicht doch großzügigen württembergischen Regierung viel zu weit geht, heißt zweifellos einen überaus großzügigen Reformplan dar, dem aber gerade durch diese Großzügigkeit gewaltige Mängel anhaften, die darin zu suchen sind, daß sie weder die so bitter notwendigen, sofortigen Einsparungen jetzt und wohl auch auf viele Jahre hinaus nicht bringen noch die verlangte allgemeine und gerechte wirkende Ausgleiche der steuerlichen Belastung erwirken könnte.

Ein gewaltiger Einsparungserfolg könnte nur an der Durchföhrung des Beamtenkörpers auf den Stand von 1914 erreicht werden. In dieser Ausblähung des Beamtenkörpers soll in erster Linie der Hebel der Einsparungsziele angelegt werden, weil nur hier sofort fühlbar in Erscheinung tretende Einsparungen möglich sein werden. Trotz Abbaugesetz hat sich nämlich in Württemberg ein stetiges Anwachsen des planmäßigen Beamtenpersonals vollzogen. So betragen die planmäßigen Beamtenstellen in der Gesamtverwaltung Württembergs im Jahre 1914 6572, i. J. 1925 14.000, i. J. 1928 15.792 und i. J. 1931 15.695.

Eine besondere Ausblähung des Beamtenkörpers ist hauptsächlich beim Innenministerium, bei der staatlichen Polizeiverwaltung, bei der Justizverwaltung und bei der Zentral- und Bezirksforstverwaltung festzustellen. Die badische Polizeiverwaltung wird z. B. um 2 Millionen billiger verwaltet als in Württemberg. Im Justizdienst entfällt in Baden auf 8569

Einwohner 1 Richter und in Württemberg auf 6700 Einwohner 1 Richter. Bedarf in Württemberg weitere Gerichte aufgehoben werden, soll in erster Linie eine Angleichung an die badischen Verhältnisse angestrebt werden. Beim Fortschritt ist festzustellen, daß Württemberg bei einem nur um 8 Prozent größeren Geschäft- und Arbeitsanfall in seiner Fortverwaltungen mehr als noch einmal soviel Personal beschäftigt als Baden. Bei der württ. Fortverwaltung müssen in erster Linie durchgreifende Reformen einleiten. Die eine Sonderbegünstigung darstellende, aus früheren Zeiten übernommene Ueberlassung der staatseigenen Ländereien an die württ. Forstbeamten lassen sich unter den heutigen veränderten Verhältnissen nicht mehr aufrecht erhalten. Diese Regieagenden werden bei einer öffentlichen Verpachtung Pachterlöse in Höhe von einigen hunderttausend Mark einbringen.

Sofort wirksam werdende Reformen und Einsparungen lassen sich erzielen durch unbedingte Sperrung des Zugangs, Verzicht auf Ertrag des natürlichen Abgangs, unerbittliche sofortige Verringerung des in Württemberg unverhältnismäßig hohen nichtplanmäßigen Beamten- und Angestelltenpersonals, ferner Wegfall der persönlichen und zum Teil pensionsberechtigten Ministerial- und anderen Zulagen.

Ein allgemeiner gerechter Lastenausgleich kann nur durch die Uebernahme der Stromunterhaltungsarbeiten auf den Staat erfolgen. Die Amtsförderungskosten sind unter den Auswirkungen des öffentlichen Verkehrs genau so wie die Staatsstraßen Gemeingut geworden und müssen deshalb gemeinsam durch die öffentliche Steuerkraft unterhalten werden. Eine Erhöhung der Staatssteuer ist dabei nicht zu umgehen. Aber auf der anderen Seite würde eine nachhaltige Verringerung der Amtsförderungskosten und damit auch der Gemeindefinanzlagen erreicht. Damit wäre der gerechte, auf die Schaltern des Volksganges gelegte Lastenausgleich tatsächlich erzielt.

Ist einmal dieser gerechte Ausgleich erzielt, dann erst wird es möglich sein, die weiteren Reformpläne des Saemisch-Gutachtens in Ruhe durchzuführen. Eine Aushebung oder Zusammenlegung von Oberämtern würde nicht notwendig sein. Außerdem würde erreicht, daß in den Bezirken die dringend notwendige Ruhe wieder eintritt, die letzten Endes auch durchaus im Staatsinteresse gelegen ist.

Der Abwehrkampf der württ. Oberamtsstädte gegen die drohende Oberamtsaufteilung

Stuttgart, 1. Nov. Unter dem Vorbehalt von Bürgermeister Dorn-Neubauer fand heute abend im Hotel Ranzhof eine Konferenz statt, in der Ratsherr Knapp-Spaichingen den zahlreichen anwesenden Stadtvorständen und Kreisverträttern die von ihm im Auftrag von mehr als 30 württ. Oberamtsstädten verfasste Gegendenhschrift zum Gutachten des Reichsparlamentarischen Ausschusses erläuterte. Die Oberamtsstädte wollen der Regierung keine Formirte machen, sie verlangen nur, daß endlich einmal die Aera der Vernichtung der Oberamtsbezirke abgeschlossen werde. Bürgermeister Dr. Winter-Spaichingen sagte noch bei, daß ihm von maßgebender Seite erklärt worden sei, die Aufhebung der Oberämter Spaichingen und Weizheim sei beunruhigend geworden. Daraufhin haben

die Oberamtsstädte diese Denkschrift ansarbeiten lassen. Der württ. Sparauschuß habe die in der Denkschrift niedergelegten Gedanken als wertvoll und beachtenswert anerkannt und aufgelagt, nach ihrer Durchsprüfung eine Kommission der Oberamtsstädte ernannt anzuhören. Die Vorschläge gingen von Männern, die an der Front, in der unmittelbaren Praxis stehen, aus, die für die Notlage des Ganzen durchaus Verständnis hätten. In den Sparmaßnahmen in Bayern, das in diesen Tagen ebenfalls zahlreiche staatliche Behörden aufgehoben habe, erklärte Dr. Winter noch, daß diese Maßnahmen in Bayern infolge der völlig anders gearteten bayerischen Verhältnisse notwendig seien und mit den württembergischen Verhältnissen in keiner Weise verglichen werden könnten.

Die Vertreter von 5 Oberamtsstädten beim württembergischen Sparauschuß

Spaichingen, 1. Nov. Mitteilungen zur Frage der Aufhebung des Oberamts Spaichingen und des Oberamts Weizheim haben den Stadtvorstand Dr. Winter veranlaßt, gemeinsam mit den Stadtvorständen von Weizheim, Weizbarren, Gaildorf und Leonberg und Ratsherr Knapp als dem Geschäftsführer der Abwehrorganisation der bedrohten Oberamtsstädte bei den Mitgliedern des Sparauschusses beim württ. Staatsministerium vorstellig zu werden. Dabei war reichliche Gelassenheit geboten, den Standpunkt der entscheidenden Ablehnung einer Lösung dieser Frage im Wege einer Notverordnung, wie die grundsätzliche Stellungnahme der Ablehnung überhaupt anhand der Hauptgehaltspunkte der von Ratsherr Knapp im Auftrag der genannten Abwehrorganisation und mit ihrer Unterstützung mit großem Eifer ausgearbeiteten Gegendenhschrift zur württ. Staatsvereinfachung darzulegen. Weitere Schritte der Abwehr werden folgen. Ratsherr Knapp erläuterte im Gemeinderat die Hauptpunkte der Gegendenhschrift und fand die ungeteilte Zustimmung des Gemeinderats.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg. Stadtratssitzung am 3. November. Ein freigesprochenes Bürgergrundstück wird der Albert Heintzmanns Witwe als Nachlassverwahrter genehmigt.

Dem Karl Waldner wird auf Ansuchen ein Materiallagerplatz an der Spitze zwischen Egerweg und Algenbergweg zugest. Die Fläche wird nach Entfernung des Daches, welches zurzeit dort gesteht, freigelegt.

Die Abnahme der umgebauten Bildhauerstraße ist am 22. Oktober ohne Beauftragung erfolgt und das Innenministerium hat für den Straßenausbau die baldige Auszahlung des restlichen Staatsbeitrags von 7000 RM. zugest. An Beiträgen aus der Erwerbslosenversicherung sind zum Straßenausbau RM. 338.74 geleistet worden, so daß im Ganzen von Staat und Reich zu dem Straßenausbau RM. 69.338.74 geleistet wurden bei einem Gesamtaufwand von RM. 114.686.1.

Vom Stadtvorstand ist die Revision des elektrischen Trassenes vorgenommen worden. Es sind eine Anzahl Netze zu ersetzen und sonstige Wiederherstellungsarbeiten zu leisten. Mehrere Antennenleitungen sind unterfangen an städtischen Netzen angebracht worden und müssen alsbald entfernt werden.

Für häusliche Bedürfnisse ist zur Straßencleaning die Anschaffung eines weiteren Bleichlappens dringend notwendig. Die Lieferung derselben wird der Firma Christiana Genzle hier zu Angebotspreisen übertragen.

Zu der Erweiterung des elektrischen Freileitungssystems links der Euz sind eine Anzahl Dachkranen notwendig. Die Lieferung derselben wird der Firma A. Megger in Stuttgart zu Angebotspreisen übertragen.

Das Feuerversicherungsbuch für Gebäude ist vom Gemeinderat beim. dessen Beauftragten durchgegangen worden. Das Ergebnis wird dem Oberamt mit Bericht vorgelegt.

Eine Eingabe des Ausschusses der Arbeitslosen erludt um Errichtung einer Wärmeküche, Errichtung der Lichtgelder und mangelhafte Anweisung von 3 Mr. Kohlen an jeden arbeitslosen Haushaltungsvorstand. In zwei weiteren Punkten betraf die Auffassungen der Stadtverwaltung und der Arbeitslosen. — Ueber das Geschäft wird heute beraten und vom Gemeinderat beschloffen: 1. Eine Wärmeküche für die Arbeitslosen einzurichten und zwar im Erdgeschoß des alten Schulhauses in der Kurpfalzstraße. Das Material und die Beleuchtung stellt die Stadt, während die tägliche Reinigung und Heizung durch die Arbeitslosen selbst zu besorgen ist. 2. Der technische Aufsicht wird ermächtigt, nach Prüfung im Einzelfall und in der Regel nur auf Ansuchen teilweisen Nachlaß der Lichtgelder bei Vorliegen der

DIE WETTE UM EVA

ROMAN VON GERT ROTHBERG

Copyright by Martin Pechterwanger, Halle (Saale)

Er blinnte, wie aus einem Traum erwachend, auf. Dann sagte er hastig:

„Drei Tage, Eva. Darf ich fragen, wo du das Weihnachtsgeschenk zu verziehen gedachst?“

„Um der Leute willen — hier, Harald.“

„Ich danke dir, Eva, daß du um der Leute willen hierbleibst. Ich habe mir schon den Kopf zerbrochen, wie man dein Fortsein erklären könnte. Die Siebenten hat schon alle Geschenke besorgt, Arbeit hättest du also damit nicht.“

„Es hat mir immer Freude gemacht, Weihnachtsgeschenke vorzubereiten. Freilich, diesmal wäre nun wohl die Zeit viel zu kurz dazu. Aber nach Weimar werde ich noch einmal fahren müssen. Vielleicht am Sonnabend, wenn die Gasse fort sind. Kann das Auto —“

„Bitte, Eva, du bist hier die Herrin und hast nur zu bestimmen. Ich werde dich selbst fahren.“

„Ich danke dir, Harald. Doch jetzt bitte ich um Entschuldigung. Ich bin sehr müde. Die Fahrt hat mich doch angestrengt.“

„Gewiß, Eva, und ich bin dir ja schon dankbar, daß du mir die Stunde dieses Beisammenseins geschenkt hast.“

Eva dachte dem Klang dieser Worte noch nach, als sie schon längst in ihrem Schlafzimmer weckte. Hatte diese Worte wirklich der folge, über alles hinwegfahrende Harald Kardorf gesprochen?

Eva trat ans Fenster. Draußen schneite es leicht, und die Winternacht war hell und voll Abnung der kommenden Weihnacht. Eva faltete die Hände, sah hinaus in die Winternacht und meinte lautlos:

In seinem Schlafzimmer ließ Kardorf auf und ab, köhnte:

„Hat schon jemals ein Mensch sein eigenes Glück so mit fremder Hand gefördert wie ich? Wenn ich doch gutmachen könnte! Wenn Eva mich doch noch einmal so gläubig vertrauensvoll ansehen könnte wie damals, als ich widerstrebend genug nach dem Rosenhause kam, um mir ihr Jawort zu holen. Doch es ist alles zu spät, und ich habe nicht einmal das Recht, mit dem Schicksal zu hadern, denn ich allein habe mit brutaler Hand das lothbare Gewebe zerrissen, das Evas reine Liebe um uns beide spann. Nun kann ich nichts Besseres mehr verlangen, als daß sie sich von mir innerlich gelöst hat. Ob sie auch nur ahnen kann, wie schwer es mir geworden ist, mein ihr gegebenes Wort zu halten?“

Totenstill war es in dem alten Schlosse. Mehrere Zimmer weiter schlief sein junges Weib, an das er kein Recht hatte und das er jetzt liebte mehr als sein Leben.

Herr von Hagen freute sich sehr, Eva in Hagenhöhe vorzufinden. Auch Graf Osten war erfreut, die junge Schwägerin begrüßen zu können. Brigitte konnte leider nicht überkommen, da sie stark erkrankt war, und Graf Osten betonte, daß er nur ungern fortgefahren sei. Mit solchen Erklärungen sei nicht zu spaßen, und er habe sich auch erst beruhigt, als die verehrte Mama zu Brigitte gekommen sei. Die Eltern wollten sowieso das Weihnachtsgeschenk bei ihnen verbleiben. Nun passe das ja sehr gut. Da könne sie, Eva, mit ihrem Manne doch auch herüberkommen, da sei man wenigstens vollzählig beisammen.

Eva lächelte, sah an ihrem Manne vorüber und sagte:

„Gewiß, lieber Schwager, das können wir einrichten. Das heißt, wenn Harald nicht anders disponiert hat?“

Der beeilte sich, zu versichern, daß ihm alles recht sei, wie Eva es für gut befände.

Kan blieb nicht lange allein. Nach und nach kamen alle Gäste, und gegen Mittag holte Harald das Häufchen von der Bahn ab. Sie waren beide liebe, märkliche Menschen, hatten sich mit der veränderten Zeit sehr gut abgefunden, und der Fürst meinte gemächlich:

„Ich vermisse den ganzen Klimbim nicht einmal. Man

kann jetzt wenigstens als freier Mensch leben, ohne daß man sich an tausend Befehlen der Hofstiege wund stößt. Nicht wahr, Karla, wir fühlen uns sehr wohl!“

Fürstin Karla nickte lächelnd.

„Gewiß, Fritz. Und unser ungehörtes Leben in Lobbed ist sehr schön.“

Der Fürst lachte frohlich und meinte dann:

„Nun genug von uns. Wir wollen recht gemächlich die paar Stunden verleben. Am Freitag abend müssen wir schon wieder dabein sein. Leider geht es nicht anders.“

Die Jagdbente war sehr gut. Der Fürst bei froherer Laune. Er hatte den Kapitulbock geschossen und war Jagdfröhlich. Während die Herren draußen im Walde waren, saßen die Fürstin und Eva beisammen. Fürstin Karla war auch noch jung. Nur wenig älter als Eva. Und sie plauderten von allem möglichen. Einmal sagte die Fürstin:

„Sie können stolz sein, Kardorf so in Fesseln geschlagen zu haben. Mein Mann sagte mir damals, als er von seiner Vermählung erfuhr: „Sie muß etwas ganz Besonderes sein, die Kardorf zur Frau erwählte. Ich habe noch nie einen schwierigeren Charakter kennengelernt, als ihn Kardorf besitzt. Und nur eine ganz große Liebe würde ihn einmal veranlassen können, seine Freiheit aufzugeben.“ So sagte damals mein Mann, und nun können Sie sich denken, wie neugierig wir waren. Sie kennenzulernen, liebte Frau Doktor. Und unsere Erwartungen sind in der Tat noch übertroffen worden.“, schloß die Fürstin liebenswürdig.

Ihr ernst prüfender Blick ruhte dabei auf dem schönen Gesicht Evas. Reiflos erkannte sie den bezaubernden Liebreiz dieser Frau an. Sie sagte zu ihrem Gatten:

„Wenn man diese beiden schönen Menschen sieht, dann lacht einem das Herz; aber mir ist, als ob etwas zwischen ihnen stünde. Das wäre furchtbar. Ich habe sie beide ins Herz geschlossen und will mich an diesem Glück erfreuen, denn diese zwei Menschen müssen unbedingt miteinander sein — sie sind ja direkt füreinander geschaffen.“

(Fortsetzung folgt.)

Bereitstellungen zu gewähren. 3. Dem Versuch um Kohlen-
beschaffung kann seitens der Stadt nicht entsprochen werden,
noch wird dem örtlichen Dispositionsführer für die Winterhilfe emp-
fiehlt, Besuche um Zuteilung von Kohlen im Einzel- und
Bedarfsfall wohlwollend zu behandeln.

Nachdem noch eine Anzahl Verwaltungsangelegenheiten
und einige Grundstücksbeschreibungen erledigt waren, wurde die
Sitzung um 9 1/2 Uhr geschlossen.

Neudorf, 5. Nov. Die tagsüber sommerlich warme Sit-
zung läßt die Natur noch nicht zur Ruhe kommen. Ein
Gartenbesitzer erntete aus seinem an Aigenberg gelegenen
Garten vollständig ausgereifte, wohlwollende Himbeeren.

Wetterbericht. Der östliche Hochdruck wird durch
den Vorbringen der nördlichen Depression langsam abgebaut.
Für Freitag und Samstag ist wieder bedecktes und auch zu
Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 1. Nov. (Aus dem Gemeinderat.) Der Orts-
bauernrat gab in der gestrigen Sitzung Bericht über die Ab-
rechnung der Güter, Gärten, Gärten, Schillerstraße und
Kirchweg. Die Kosten haben den voranfristigen nicht überstiegen.
Die letzte Lebensmittelliste vom 1. d. M. ist abgerechnet.
Die letzten Lebensmittellisten vom 1. d. M. sind abgerechnet.
Die letzten Lebensmittellisten vom 1. d. M. sind abgerechnet.
Die letzten Lebensmittellisten vom 1. d. M. sind abgerechnet.

Kerrenald, Gemeinderatssitzung am 3. November 1931.
Das heute erstmals in der Sitzung anwesende Mitglied
Baldmann wurde zu Beginn der Sitzung vom Vorsitzenden
persönlich begrüßt.

Die Stadtpflege erhält Anweisung, die Gehälter der städ-
tischen Beamten und Angestellten ab 1. Oktober d. J. nach
der Rürst. Rotverordnung vom 28. September 1931 zu kürzen.
Die von der Aufsichtsbekörde genehmigte Kurtagordnung
steht vor, daß die Kurtag durch Vermittlung des Wohnungs-
gebers eingezogen und an die Stadtkasse abgeliefert wird. Der
Kurspende berichtet über die vorhandenen Kassendeckungen.
Ein Fall gibt dem Gemeinderat Veranlassung, Anzeige bei der
Staatsanwaltschaft auf Grund von § 206 Abs. 2 des R.-Str.-
G.-Buchs zu erstatten.

Die Kurtag für die Zulassen des Krügererholungsheims
wird ermäßigt und auf die Pauschalsumme von 300 Mark
abgesetzt.

Wolff Hammer jr. hier hat die Weiterführung des Gast-
wirtschaftsbetriebs zum Hotel „Sonne“ hier übernommen.
Dessen Besuch um Erteilung der Wirtschaftserlaubnis wird
dem Oberamt befristet vorgelegt.

In dem Erlaß des Innenministeriums vom 23. Septem-
ber 1931, betreffend Steuererhebung nimmt der Gemeinderat ent-
sprechend Stellung. Die vorliegenden Steuererhebungsgesuche
werden teils abgewiesen, teils bewilligt.

Für die Feuerwehre wird die Anschaffung einer Carbid-
lampe beschlossen. Andererseits Alarmierung der Feuerwehre
wird für künftige Fälle als zur alleinigen Zuständigkeit des
Bürgermeisters erklärt.

Karrenhalter König, Geiseltal, erhält die Erlaubnis, einen
Karren zu verkehren gegen sofortige Wiederbeschaffung eines
Karens mit Zulassungsschein.

Die Stadtpflege macht Vorschläge über die Ausführung
verschiedener Gemeindeforderungen, die nach Beschäftigung an Ort
und Stelle genehmigt werden.

Eine Grundstücksbeschreibung bildet den Schluß der Sitzung.

**Einweihung des Gedenksteins für die im Weltkrieg gefallenen
milit. Feldweihenbahner auf dem Waldriedhof in Stuttgart
am 15. November 1931**

Am Sonntag, 15. November, um 11.15 Uhr vormittags,
wird auf dem Waldriedhof in Stuttgart der Gedenkstein
für die im Weltkrieg gefallenen württembergischen Feldweihen-
bahner feierlich eingeweiht werden. An der Feier werden sich
Vertreter der Militär- und Zivilbehörden und die Traditions-
kompanie vom Pionierbataillon 5 in Ulm beteiligen. Alle
ehemaligen Feldweihenbahner mit ihren Angehörigen und na-
mentlich auch die Angehörigen der Gefallenen sind zur Teil-
nahme eingeladen. Nach dem Programm für die Einweihungs-
feier kann man sich die Vereine, Formationen usw. von 10.30
Uhr vormittags an vor dem Hauptportal des Waldriedhofs
und rücken um 11 Uhr auf die für sie bestimmten Plätze.

Zur bayrischen Rotverordnung

Man schreibt uns aus Beamtenkreisen: Die kurzen Be-
trichte über die bayrische Rotverordnung führen unter den
dort verordneten Sparmaßnahmen auch eine Kürzung der
Beamtengehälter an. Da diese Maßnahme später als die
Kürzung in Württemberg erfolgt, kann der Eindruck erweckt
werden, als ob Bayern in den Kürzungen weiter vorange-
schritten sei als Württemberg. Dieser Eindruck ist falsch.
Bayern geht mit der neuen Verordnung noch nicht einmal
so weit wie Württemberg. In Bayern werden jetzt die Be-
züge der verheirateten Beamten mit Kindern um 1 v. D. ge-
kürzt, die der Kinderlosen und Ledigen um 5 v. D. ge-
kürzt, in Württemberg dagegen betragen die Kürzungen 5
und 7 Prozent. Vor allem aber hat Bayern die sehr unge-
recht wirkende Borrückungssperre nicht eingeführt, wodurch
viele bayrische Beamte noch einen weiteren Vorzug vor den
entsprechenden württembergischen haben.

Württemberg

Nagold, 4. Nov. (Schadenfeuer.) Heute früh brach in der Woll-
wäcker Knechtler Feuer aus. Die Feuerwehr fand aber nicht viel
Arbeits, denn der Brand der Spinnmaschine war mit einem Rohr
schnell gelöscht. Die Maschine war bereits in Betrieb und wahr-
scheinlich hat sich durch irgend eine Reibung die Wolle entzündet
und sich an zu brennen. Ein großes Glück war es, daß das Feuer
auf seinen verhältnismäßig kleinen Brandherd eingedämmt werden
konnte und nicht auf das Lager und am Ende noch auf die Säg-
mühle übergriff.

Reutlingen, 4. Nov. (Steuererhebung von Haus zu Haus.) In der
letzten Gemeinderatssitzung wurde Klage über den lächerlichen Steuer-
erhebung geführt, durch den eine geordnete Weiterführung des Ge-
meindehaushalts in Frage gestellt wird. Der Stadtpfarrer wurde
angehört, an jedem Werktag nachmittags mindestens 2-3 Stunden
den Steuererhebung von Haus zu Haus zu betreiben.

Stuttgart, 4. Nov. (Verhaftung der Säb. Arbeiter.) Von zu-
ständiger Seite wird mitgeteilt: Die heutige Nummer der
Säb. Arbeiterzeitung wurde wegen eines Artikels „In 12 Tagen
8 Arbeiter von Nagel ermordet“ vom Polizeipräsidenten auf Grund
des § 2 Abs. 1 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur
Schämpfung politischer Ausstellungen vom 10. August 1931 be-
schlagnahmt.

Stellingen, 4. Nov. (Ehrung Nagels.) Aus Nagel seines 60. Ge-
burtstages brachten gestern abend die dem Schwäbischen Sängerbund
angehörigen Sängergesellen der Stadt und Schulen ihrem Landes-
kommandeur Wilhelm Nagel vor seiner Wohnung ein Ständchen.

Namens der Sängersprach-Overleiter Homold dem Jubilar die berg-
tätigen Glückwünsche aus. Dasselbe tat Hausvorstand Jakobson Fin-
binger im Namen des Lehr-Kollegiums. Als Jubilar hatten sich
aus der näheren und weiteren Nachbarschaft viele Handwerker ein-
gefunden. Anschließend begaben sich Abordnungen der Vereine sowie
Oberbürgermeister Dr. Lang von Langen in die Wohnung Nagels,
um persönlich ihre Glückwünsche auszusprechen. Der Oratorienverein
botte seinem Dirigenten schon am Montag abend ein Ständchen
gebracht.

Fellbach, 5. Nov. (Die Eingemeinderungsverordnungen Fellbachs.)
Um zu prüfen, ob für Fellbach der Zeitpunkt einer Eingemein-
dung nach Stuttgart gekommen ist, wird ein aus 6 Gemeindefür-
sprechern bestehender Ausschuss unter Führung des Amtsvorstehers und Rat-
schalters Strauß mit Stuttgart demnachst in Eingemeinderungsver-
handlungen treten und die Eingemeinderungsverordnungen vorlegen.
Diese Forderungen sind laut „Württ. Zeitung“ folgende: Versorgung
mit Gas, Strom und Wasser, Nichtüberführung der Bau- und
Verkehrswirtschaft, Befreiungen der Hausklosetanlagen vom Schlot-
hauszwang, Benutzung der Anlagen der lehrreichen Gießerei,
Anbau der Gewerkschule, Errichtung einer mehrgliedrigen Volksschule,
Anbau des Schulgebäudes und die Errichtung einer Turn- und Fest-
halle, Abgurgung eines neuen Friedhofs, Bau eines Industriefahr-
wegs sowie vorläufige Nichterhebung von Müllabfuhr- und Kanalarbeitungs-
gebühren.

Göppingen, 4. Nov. (Schlägerei nach einem Fußballspiel.) In
der bereits gemeldeten Schlägerei nach einem Fußballspiel in Eßlingen
am vergangenen Sonntag wird noch bekannt, daß mehrere Göppinger
Spieler erheblich verletzt wurden. Einem davon wurde der rechte
Daumen abgehackt, außerdem erlitt er eine Knochenfraktur an
der rechten Hand, während einem zweiten eine Knieverletzung in die
Hälfte gelassen wurde, jedoch er arbeitsunfähig ist. Die übrigen kamen
mit einem blauen Auge davon. Bei dem Angriffen handelte es sich nicht
um Anhänger der Esslinger Mannschaft, sondern in erster Linie
um aktive Spieler. Die Urheber sind festgesetzt. Vollständige Unter-
suchung ist eingeleitet. Nach dem Saisonantritt wird sich auch noch
die zuständige Sportbehörde zu befassen haben.

Gmünd, 4. Nov. (Die Stadt hat keine Mittel für eine außer-
ordentliche Gewerkschafts-Winterhilfe.) Ein Antrag der Gewerkschaften
auf eine außerordentliche Winterhilfe wurde in der letzten Gemein-
deversammlung wegen Mangels an Mitteln fallen. Es wären hierfür
3000 RM nötig gewesen. Der Stadtvorstand erklärte, über 15 im
Etat vorgesehenen 5000 RM nicht hinausgehen zu können, da neuer-
dings mit bedeutenden Ausfällen zu rechnen sei, während die Vorjoh-
reser Einnahmen von 50000 auf 100000 RM gestiegen seien. Die Stadt-
kasse der Hofpfisterei als Zuschuß leisten soll. Die Stadt müsse froh
sein, wenn sie die ausgefallenen Forderungsempfänger ausreichend be-
treuen könne.

Trossingen, 4. Nov. (In den Eisenbahngängen gefahren.) Das Ver-
sorgungsbüro der Amtshauptmannschaft Kottwil am Montag abend auf
der Fahrt von Schwemlingen nach Kottwil unterwegs. Der Führer
bemerkte circa 200 Meter vor dem Bahnübergang der Trossinger
Bahn ein anderes Auto, das etwa 150 Meter vor dem Übergang
hielt. Der Chauffeur der Amtshauptmannschaft überholte den ruhenden
Wagen und bemerkte dann gleichgültig, daß der rechte Seite
der ein Zug der Trossinger Bahn kam. Der Chauffeur gibt an, er
habe nur den Schwemlingen gesehen, während der Zug nach zwei An-
hängern mit sich führte. Da er nicht hielt, fuhr er auf den vord-
eren Teil des zweiten Anhängers auf. Das Auto ist schwer
beschädigt worden, Personen wurden nicht verletzt.

Heber Berufswahl

Stuttgart, 3. Nov. Aus einem Vortrag, den Dr. Breiting-
er-Tübingen auf einem Elternabend hier über die Berufs-
wahl der angehenden Akademiker hielt, mag verschiedenes von
allgemeinem Interesse sein. Während der Inflation ging der
Besuch der Hochschulen stark zurück, jedoch zumeist in den aka-
demischen Berufen das Angebot der Nachfrage nicht genügen
konnte. Nachher zeigte sich jedoch bald, besonders aus dem
Mittelstand, ein starker Drang nach oben, insbesondere die
Väter wieder erfüllt werden konnten und in kurzer Zeit
ein geradezu ungeheurer, blinder Drang zu den höheren
Schulen und den Universitäten. Eine gute Schulbildung er-
schien als das Sicherste und Wertvollste, das man den Kin-
dern ins Leben mitgeben konnte. So gelangten 200000 Frauen
zu den Hochschulen, während es vor 25 Jahren nur 200 stu-
dierende Frauen gab. Heute haben wir rund 100 000 Studenten;
20 000 mühen sich jedes Jahr in einem Beruf unterzu-
kommen, und nur 6000-6000 gelingt dies, und zwar meist
erst nach langem Warten. In manchen Berufen ist es über-
haupt fast ausgeschlossen, noch unterzukommen. Wenn man
hiermit zusammennimmt, daß die trüben Verhältnisse einen
immer weiter greifenden Abbau von Stellen mit sich bringen,
so möchte man beim Blick auf unsere Jugend angstvoll in die
Zukunft blicken. Die Krise auf diesem Gebiet wird sich erst
in vier bis sechs Jahren voll auswirken. Viele haben bereits
unter dem Zwang der ärmlichen Verhältnisse ihr Studium
aufgeben müssen, da für sie die nötigen Mittel nicht mehr
aufgebracht werden können und dazu die Hochschulen höhere
Gebühren fordern als früher. Viele streichen auch in den
Prüfungen und scheiden dadurch aus dem überfüllten
Wettbewerb aus. Die Prüfungen werden wohl noch schärfer
werden, was ja wohl für alles für einen gewissen Teil einige
Entlastung bedeuten mag, auf der anderen Seite jedoch die
ganze Schwere der Lage in ein ungesüßtes Licht setzt. Be-
sonders wird gewarnt vor dem Befahren der „breiten
Straßen“, Rechtswissenschaft, Medizin, Technik. Besonders
Augenmerk müsse darauf gerichtet werden, daß besondere Be-
gehungen genützt, schließlich zwei Fächer bewältigt, bloße
Neigungen ausgeschaltet und, wenn nicht anders möglich ist,
auch zur Handarbeit gezwungen werde. Darte Zeit braucht
harte Jugend!

Dreifache fahrlässige Tötung im Berufsprozess

Hall, 3. Nov. Vor der Großen Strafkammer begann
heute vormittag ein höchstinteressanter Berufsprozess in
einer Autokatastrophe, zu dem eine Reihe bedeutsamer technischer
und ärztlicher Gutachten vorliegen. Der frühere Grundstücks-
makler, jetzt 60 Jahre alte Privatier Reinhold Jooß aus
Dellbronn, der 1927 in einem Kaufsachen erregenden Prozess in
Dellbronn wegen Mietwunders zu 7000 RM Geldstrafe ver-
urteilt worden war, war am 28. September 1929 vom er-
weiterten Schöffengericht Hall wegen dreier Vergehen erschwerter
fahrlässiger Tötung und eines Vergehens fahrlässiger
Körperverletzung in Tateinheit mit einer Übertretung des
Kraftfahrzeuggesetzes zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden.
Er war nach der Urteilsbegründung infolge zu hoher Fahr-
geschwindigkeit (ca. 70 km/h), der er bei seiner Fahrfähigkeit
nicht gewachsen war, auf einer Vergnügungsfahrt mit vier
Fahrgästen aus Dellbronn am 25. August 1928 zwischen
Lehringen und Dellbronn auf der Staatsstraße Wüstel-
Schwaben auf kreuzender und völlig überschätzlicher Straße
ohne jeden ersichtlichen äußeren Anlaß plötzlich in scharfem
Linksbogen über das linke Straßenseiten eine Wüstel-
himmelfahrt, das Auto überfüllte sich dabei voll-
kommen, lag 14 Meter durch die Luft, rief an einem Baum
die Achse ab, rief einen zweiten Baum um und stürzte schließ-
lich mit den Rädern nach oben zur Erde. Von den Fahrgästen
war die Schneiderin Charlotte Schöner sofort tot, die
Kontoristin Maria Nagel starb am anderen Tag, Schneider-
meister Schöner drei Tage später. Die Verkäuferin Clara
Sauer hatte leibliche Verletzungen, Jooß eine leichte Gehirn-
erschütterung erlitten. Das Auto war kaum beschädigt. Das
an sich unerklärliche Unglück begründete Jooß mit einer mo-

mentanen Bewußtlosigkeit infolge seiner leichten Arterienver-
engung. Ueber diese Frage soll die Berufsgerichtsverhandlung
Aussagen bringen. Wegen des schöffengerichtlichen Urteils hat
Jooß Berufung in vollem Umfang eingelegt und zu seiner
Verteidigung im heutigen Berufsprozess Rechtsanwalt Dr.
Hilberg-Berlin gewonnen. Als zweiter Verteidiger tritt
Rechtsanwalt Dr. Kern-Dellbronn auf. Geladen sind vier erste
Autofachverständige aus Württemberg, Baden, Bayern und
Preußen und drei ärztliche Sachverständige aus Stuttgart und
Tübingen, darunter Dr. Fahrenkamp-Stuttgart, von dem ein
bemerkenswertes Gutachten über die Autofahrfähigkeit fünf-
jährigjähriger vorliegt. An Stelle von Rechtsanwalt Dr. Hil-
berg, der vom Lubcker Calmette-Prozess kommen sollte, er-
sahen sein Mitarbeiter, Rechtsanwalt Dr. Welt-Berlin, der
erklärte, daß sein Kollege plötzlich schwer erkrankt sei. Die
fünfjährige Verhandlung wurde mit der Ver-
nehmung der Akten aus der Voruntersuchung und aus der Ver-
handlung im ersten Instanzverfahren angefüllt.

Die Nachmittagsverhandlung brachte zunächst die Ver-
nehmung des Angeklagten, der nach wie vor bestritt, ein un-
vorsichtiger Fahrer gewesen zu sein, der zu schnell gefahren
und dadurch die Herrschaft über den Wagen verloren habe.
Er sei sich der Verantwortung für seine vier Fahrgäste voll-
kommen bewußt gewesen. Das Unglück könne er nur mit einer
momentanen Bewußtloseinwirkung erklären, die ihn etwa 60
Meter vor der Unfallstelle überfallen habe und die die
plötzliche sinnlose Anlenkung über die Straße die 1 1/2
Meter hohe Böschung hinab erkläre. Als erster ärztlicher
Sachverständiger trat Obermedizinalrat Dr. Schmidt vom
Polizeipräsidium Stuttgart auf, der eine momentane Bewußt-
loseinwirkung, wie sie der Angeklagte behauptete, für höchst un-
wahrscheinlich hielt. Zwar habe Jooß eine leichte Arterien-
verengung, aber ohne Auswirkung auf das Gehirn, jedoch eine
derartige einmalige Abwesenheit nicht erklärlich wäre. Auch habe
dem der Angeklagte von früheren Bewußtloseinwirkungen
nichts erzählt, im Gegenteil seinen Gesundheitszustand als gut
geachtet. Nach diesem Gutachten verwandelte sich der Ge-
richtssaal nahezu in den Hörsaal einer Universität, in dem ein
Gelehrtenstreit über das Krankheitsbild bei Jooß in Stunden-
langen eingehenden Ausführungen ausgetragen wurde. Dr.
Karl Fahrenkamp-Stuttgart kam in seinem Gutachten auf-
grund der seit 1928 beginnenden Krankheitserscheinungen bei
Jooß und aufgrund der Konsultationen, die sich Jooß im
Laufe der Jahre bei mehr als einem Dutzend zum Teil be-
rühmten Ärzten eingeholt habe, zu dem Urteil, daß Jooß
um einer schweren Form von Arteriosklerose mit der Folge-
erscheinung plötzlicher Charakterveränderungen leide. Das
Unglück sei ursächlich nur aus einer momentanen arterioskleroti-
schen Paralyse im Gehirn zu erklären. Die Ursache dieses
aufgrund seines Krankheitszustandes nie der Führerschein
gegeben werden dürfen; überhaupt dürfte eigentlich jeder Kraft-
fahrer über 40 Jahre alle 5 Jahre auf seinen Gesundheits-
zustand untersucht werden. In einem Diametralurteil über
Jooß kam Prof. Dr. Otfried Müller, der bekannte Spezialist
für Gefäßkrankheiten an der Universität Tübingen. Für ihn
ist Jooß der Typus des nervösen hypochondrischen Mannes mit
angeborener, vielleicht auch ererbter konstitutioneller Veran-
lagung zu Neurosen, aus der allmählich Sklerose der Blut-
gefäße erwachsen sei. Bei Jooß sei nur eine mäßige Arterio-
sklerose festzustellen. Die Ursache des Unfalles sei entweder
eine nervöse Stupor (momentaner Schreck mit kalter Bil-
lenkontraktion) oder Bewußtloseinwirkung, die aber jetzt wahr-
scheinlich, wenn auch nicht ganz, ausgeschlossen sei. Doch sei
weder das eine noch das andere ärztlich völlig einwandfrei
festzulegen. Sicher aber sei das Ausgehen der freien Willens-
bestimmung als Folge einer gesundheitlichen Krise zu behaupten,
und diese hätte der Angeklagte bei seiner langjährigen
Krankheitsgeschichte voraussehen und sich vom Autofahren
fernhalten müssen. Daß er dies nicht getan habe, könne man
als fahrlässige Handlung ansehen. — Die Verhandlung wurde
dann auf Mittwoch vormittag vertagt.

Hall, 4. Nov. Die heutige Vormittagsverhandlung im Be-
rufsprozess Jooß brachte in sechsündiger Verhandlung die
Bernehmung der 5 technischen Sachverständigen, die sich in
ausführlichen Gutachten zu der Ursache des Schwaben-
Autounfalls äußerten. Dipl.-Ing. Geier-Dellbronn, Ober-
ingenieur Hofmann-Stuttgart vom Württ. Revisionverein
und Obering. Schmid-Rüchberg vom Bayer. Revisionverein
ein glaubten, den Unfall in der Hauptsache auf zu hohe Ge-
schwindigkeit (70-80 km/h) zurückführen zu können, wobei der
Angeklagte die Herrschaft über sein Fahrzeug verloren habe.
Hofmann hielt dabei Bewußtloseinwirkung als Mitwirkendes
nicht für ausgeschlossen. Auf Grund eingehender Ueberlegun-
gen hielt Prof. Kling, Inhaber des Lehrstuhls für Kraftfahr-
kunde an der Techn. Hochschule in Karlsruhe, eine Geschwin-
digkeit von 70-80 km/h für unwahrscheinlich. Auch ein 50-
bis 60-Kilometer-Tempo könne so schreckliche Folgen haben wie
dieses Unglück. Eine einwandfreie Unfallklärung des Unfalles
sei nicht mehr möglich. Jooß sei wahrscheinlich einen Augen-
blick nicht mehr Herr seiner Sinne gewesen. Rechtlich angere-
cht Direktor Jurke von den Altkreuzen in Frankfurt a. M.
Dante abend Blöcker. Morgen abend Urteilsvorlesung.

Baden

Offenburg, 3. Nov. In der ehemaligen Kaserne in der Wels-
galmstraße hat der 18jährige Engelbert Herzogtrath seinen 15jäh-
rigen Bruder Josef aus Unvorsichtigkeit durch einen Schuß in schwer
verletzt, daß Josef Herzogtrath am Dienstag früh seinen Ver-
letzungen erliegen ist. Der jüngere Bruder will die Revolverpistole, mit
der er so unglücklich konierte, angeblich gefunden haben. Er traf
seinen Bruder in das Bein und in den Leib.

Willingen, 3. Nov. Am Sonntag nachmittag brach im Grapp-
hof des Landwirts Johann Rapp zwischen Unterkirch und Stoch-
berg Feuer aus, während der Besitzer und seine Frau zum Gräber-
feld auswärts weilten und nur die Großmutter mit den Enkelkin-
dern zu Hause war. Binnen zwei Stunden war alles in Schutt und
Asche gelegt. Die Bewohner mußten durch Nachbarn auf das Feuer
aufmerksam gemacht werden. Es handelt sich um einen sehr alten
großen Schwarzwaldhof, der auf das Alter von 225 Jahren zurück-
zuführen konnte. Der Hof bestand sich trotz dieses hohen Alters noch
in einem sehr guten Zustande. Als Brandursache vermutet man Brand-
stiftung. — Abends erlöste in Kappel (Amt Willingen) Feueralarm.
Hier war das Haus des Landwirts Josef Reich in Brand geraten.
Nach hier dürfte Brandstiftung von dritter Hand vorliegen. Das
Feuer nahm sofort einen außerordentlich großen Umfang an, jedoch
die Nachbargebäude stark gefährdet waren. Ein Nachbarhaus hatte
bereits zu brennen angefangen, doch gelang es, das Feuer zu unter-
drücken. Das Vieh vermachte man in Sicherheit zu bringen, ebenso
einen großen Teil der Futtermittel. Der Gebäudeschaden wird auf etwa
20000 RM. beziffert.

Die Flammen des am Sonntag niedergebrannten Grapphofes
waren noch nicht ganz erloschen, als am Montag nachmittag um
halb 4 Uhr der Nachbarhof (Untergropperhof) des Landwirts Leopold
Furtwängler in Flammen ausging und innerhalb von vier Stunden
bis auf die Umfassungsmauern zerstört wurde. Auch hier war das
Feuer in Abwesenheit der Bewohner ausgebrochen und zwar eben-
falls wie auf dem Grapphof im Kappelhof, und griff mit großer
Schnelligkeit auf das große Haus über, das ein riesiges Flammen-
meer bildete. Die Unterkircher und Willinger Feuerwehren konnten
nicht viel ausrichten, da es an Wasser mangelte. Ein Teil des Ma-
billars und die landwirtschaftlichen Maschinen wurden gerettet. Vom

Weg erstickten im Rauch ein junges Kind und vier Schafe. Der Hof war vor 50 Jahren schon einmal niedergebrannt und sehr solide aufgebaut. Der Gebäudeschaden betrug 30000 Mark. Man ist hier der festen Meinung, daß ein Brandstifter im Bezirk sein Unwesen treibt.

Letzte Nachrichten

Stuttgart, 3. November. Wie wir hören, wird der Landtag am Dienstag den 10. November seine Volltätigkeit wieder aufnehmen. Den wichtigsten Beratungsgegenstand wird der Entwurf eines neuen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zu anderen Reichsgesetzen bilden.

Stuttgart, 3. Nov. Die im Dienste Frankreichs stehende Eplonia Lydia Epi von Stuttgart hatte sich wegen Verweis militärischer Geheimnisse unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor dem Erweiterter Schöffengericht zu verantworten. Sie ist zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Stuttgart, 3. Nov. Das erweiterte Schöffengericht hat heute abend den kommunistischen Landtagsabgeordneten Karl Schöck wegen Aufzuges zu der gefährlichen Mordstrafe von sechs Monaten verurteilt. Dem Prozeß lagen die Vorgänge zu Grunde, die sich vor einem Jahr, am 8. November 1930, in der unteren Schulstraße in der Nähe des Stuttgarter Rathauses abgespielt haben. Der Prozeß war damals, nachdem Schöck eine Anklage erhoben hatte, von der Polizei geräumt worden. Schöck hatte sich dann inmitten einer größeren Menschenmenge, die von der Polizei in die Schulstraße abgedrängt worden war, Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte zu Schulden kommen lassen, die den Tatbestand des Aufzuges erfüllen.

London, 3. Nov. Ein französisches Flugzeug überflog heute

mittag mehrere Dörfer der Südspitze. Die Grenzschutzbehörden traten mit Kraftfahrzeugen die Verfolgung an. Das Flugzeug landete schließlich auf dem Eberberg bei London. Es handelt sich um ein französisches Militärflugzeug "N export-Delage Nr. 522". Der Pilot, ein französischer Fliegerleutnant, wurde vorläufig festgenommen und nach der Gendarmestation London gebracht, wo Besondere der Flugüberwachung erwartet werden. Der Flieger gab an, er sei in Straßburg zu einem Fluge nach Weissenburg aufgestiegen und habe sich verfliegen. Das Flugzeug wurde sichergestellt.

Berlin, 4. Nov. Für die rund 10000 freien Stellen im Reichsheer und in der Reichsmarine haben sich, wie der "Demokratische Zeitungsdienst" berichtet, im letzten Jahr rund 120000 Mann gemeldet. Als Offiziersanwärter für 200 freie Stellen boten sich über 3000 Bewerber an.

Thorn, 3. Nov. Die zur Bekämpfung der zahlreichen Raubüberfälle eingeführten Standgerichte haben in ganz Polen mit ihrer Tätigkeit begonnen. Am Montag verhandelte das Standgericht in Thorn gegen zwei Räuber mit Namen Komarzynski und Schuelke, die vor vierzehn Tagen bei Brauberg verhaftet worden waren. Sie haben nicht weniger als 15 Raubüberfälle ausgeführt, über Personen getötet und mehrere schwer verletzt. Das Standgericht verurteilte den ersten Angeklagten diermal, den zweiten diermal zum Tode durch den Strang. Ein Gnabenspruch ist vom Staatspräsidenten abgelehnt worden. Das Urteil wurde am Dienstag feierlich vollzogen. Die Bevölkerung ist durch große Plakate von der Urteilsvollstreckung in Kenntnis gesetzt worden.

Newyork, 4. Nov. Das größte nichtstörte Luftschiff der Welt das "Rigid" Nr. 1 ist nach der Landung durch eine Böe zerstört worden. Als das Schiff gerade in die Halle von Cape May (New Jersey) einfahren wollte, wurde es plötzlich von der Böe erfasst

und so stark gegen den Boden und die Hallenwände gedrückt, daß es vernichtet wurde. Glücklicherweise wurde bei dem Unfall niemand verletzt.

Newyork, 4. Nov. Nach Ausweis des Schatzamtes beläuft sich der Fehlbetrag für die ersten vier Monate des laufenden Haushaltsjahres auf 674 575 960 Dollar. Schatzsekretär Mellon hat seine neuen Steuerentwürfe auf einem vorläufigen Jahresfehlbetrag von 2500 Millionen Dollar aufgebaut und wird ihn in Kürze dem Präsidenten Hoover vorlegen.

Aus Welt und Leben

Fünf Minuten Schweigen. In dem Dampfschiff der englischen Lauder zu Dampfschiff wurde vor kurzem eine eigenartige Hochzeit gefeiert. Stephen Hugh Murray, der Sohn des Professors Murray, erklärte in Gegenwart von mehreren hundert Zeugen: „Freunde, in der Furcht Gottes und in der Gegenwart dieser Versammlung nehme ich meine Freundin Margaret zu meiner Frau.“ Sein Vater, der neben ihm saß, forderte nun die Versammlung auf, fünf Minuten zu Ehren der Braut und mit besten Wünschen für sie in Schweigen zu verharren. Dann erklärte der Bräutigam mit wenigen Worten, daß er seiner Frau Treue und Wahrhaftigkeit verspreche. Man legte die Braut ein ähnliches Versprechen ab. Die Gesellschaft hatte dann die Aufgabe, fünf Minuten zugunsten des Bräutigams zu schweigen und nachzudenken. Die Veranstaltung, bei der weder ein Geistlicher noch ein Chor mitwirkte, wurde dann durch einen Quäker abgeschlossen.

Tuberkulösen-Sürsorgestelle.

Die nächste Sprechstunde findet am Samstag den 7. November 1931, nachmittags von 1/2 3-5 Uhr, auf der Charlottenhöhe bei Calmbach statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher oder behördlicher Ueberweisung durchgeführt.

Waldrennach, 4. Nov. 1931.

Todesanzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treubestorgter Vater, Schwiegerohn, Schwager, Onkel und Neffe

Erwin Strider

nach langer Krankheit im Alter von nahezu 35 Jahren heute morgen sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Liese Strider, geb. Ruff,
mit Kindern Kurt und Heinz.

Einäschung in Pforzheim Freitag, 6. Nov. 1931, nachmittags 1/2 3 Uhr.

Abgang vom Trauerhaus 1/2 2 Uhr nachmittags.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber, herzenguter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater

Joh. Jakob Keppler

von Schömberg

im Alter von 79 Jahren in Freiburg i. Brsg., wo er auf Besuch weilte, sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Samstag den 7. Nov., nachmittags 2 Uhr, in Freiburg statt.

Calmbach-Neubronn.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, zu unserer am

Samstag den 7. November 1931

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. „Waldhorn“ in Calmbach höflichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Fritz Barth, Marta Seßler,

Schneidmester, geb. Binkler,
Calmbach, Neubronn, O.A. Mergentheim.

Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Herrenalb.

Einen Flug

Lauben

(ca. 25 Stück) verkauft

Bäckerei König.

Löffler und Kiehule

Kochbücher,

Kochbücher zum Einschreiben

empfiehlt blüßigt

C. Meen'sche Buchhandlg.

Nicht durch das Hoffen auf einen Lotteriegewinn oder außergewöhnliche Einnahmen kommt man vorwärts, sondern nur

durch richtiges Haushalten
und
regelmäßiges Sparen.

Darum bringen Sie Ihre Sparbeträge zu uns.

Bei einem Zinsfuß von 8 Prozent ergeben sich bei monatlicher Einzahlung von Reichsmark 10.—

nach 5 Jahren RM. 734.—
nach 10 Jahren RM. 1814.—
nach 15 Jahren RM. 3400.—
nach 20 Jahren RM. 5741.—

GEWERBEBANK NEUENBURG

E. G. M. B. H.

KAUFHAUS SCHOCKEN, PFORZHEIM

Reinwollene einfarbige Kleiderstoffe

Einfarbige wollene Kleiderstoffe sind modern. Einige Beispiele aus unserer Auswahl, hochwertige Erzeugnisse deutscher Fabriken in den bevorzugten Farben grün, braun, marine und schwarz.

Veloutine-Reversible leichtes quergeripptes Gewebe mit Absatte, 95 cm breit, m	2,45	Woll-Crêpe de Chine Kammergewebe, praktisch im Tragen, 95 cm breit, m	3,50
Nalté-Romaine weichtallender, etwas poröser Stoff, 95 cm breit, m	2,95	Alghalaine der neue, weichtallende, schmiegsame Modestoff, 95 cm breit, m	3,50
Kammgarn-Diagonal neuartige, schräggerippte Kleiderware, 90 cm breit, m	2,95	Crêpe-Veloutine vorzügliche bewährte, einfarbige Kleiderware, 95 cm breit, m	3,85
Fleur de laine dicke Kammgarnqualität mit Absatte, 95 cm breit, m	3,50	Diagonal-Reversible besonders schwere Qualität mit Absatte, 95 cm breit, m	3,85

423 Interlakenform geschüzt

Die Maße geben die ungefähren Breiten an.

Birkenfeld-Höfen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulkameradinnen und Schulkameraden zu unserer am

Samstag den 7. November 1931

im Gasthaus zum „Adler“ in Birkenfeld

stattfindenden

Hochzeits-Feier

herzlich einzuladen. Wir bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Karl Scheerer, Fofser, Birkenfeld,
Sohn des Maurers Karl Scheerer.

Emilie Rapp, Höfen,

Tochter des Landwirts Adam Rapp.

Kirchgang 12 Uhr in Birkenfeld.

Birkenfeld-Obernhansen.

Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag den 7. November 1931

stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundschaft einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Karl Seeger, Maria Bantle,

Birkenfeld, Obernhansen.

Kirchgang 1/2 1 Uhr in Gräfenhausen.

Neuenbürg.

Für das Landw. Lagerhaus trifft ein Waggon

Düngererkalk

ein, welchen wir ab Bahnhof per Sack (Zentner) zu 1.— RM. abgeben.

Bestellungen wollen sofort gemacht werden.

Hochzeits-Karten

liefert die C. Meen'sche Buchdruckerei.

Ein Maurer oder Tagelöhner

findet sofort Beschäftigung bei 600.— RM. Einlage. Gute Sicherheit.

Offerten unter Nr. 100 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Stenographie!

In den nächsten Tagen beginnt ein Anfängerkurs. Anmeldungen sind zu richten an

C. Bühner, Neuenbürg,
Alte Pforzh. Str. 358.

Inserate heben den Umsatz!